

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Tim Golke, Norbert Hackbusch,
Heike Sudmann, Dora Heyenn, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2015/2016

Einzelplan 5

Produktgruppen 25701, 25702 und 25801

**Betr.: Für ein soziales Hamburg
Gesellschaftliche Teilhabe durch Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz**

Gesundheit ist ein Menschenrecht und wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe. Sie darf nicht von finanziellen Mitteln abhängig sein.

Hierbei leisten Hamburger Suchtberatungsstellen sowie psychosoziale und gesundheitliche Beratungsstellen eine wichtige Arbeit, die es zu schützen, zu sichern und auszubauen gilt.

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden durch soziale, private sowie berufliche Umstände krank. Die Zahl der psychischen Erkrankungen, besonders der Depressionen und des Burnout-Syndroms, ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Schnellebigkeit, Stress und Mehrfachbelastungen insbesondere von Frauen führen zu unterschiedlichen Krankheitsbildern und Bedarfen.

Aber auch das sozialpädagogische, medizinische und Pflegepersonal sieht sich „am Boden“ und erfährt wenig Anerkennung für die großen Herausforderungen, die es tagtäglich zu bewältigen hat. Eine mögliche Anerkennung dieser Arbeit wäre auch die Deckung der Kosten für Transferleistungen, wie zum Beispiel die Tarifsteigerungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zuwendungen mit finanziellen Mitteln zu sichern. Hiervon sind auch andere zuwendungsgeförderte Einrichtungen wie zum Beispiel die Hamburger Verbraucherzentrale und Pflegestützpunkte betroffen.

Damit der Mensch gesund werden kann, muss er als soziales Wesen mit Interessen und Bedürfnissen ernst genommen und auf Augenhöhe angesprochen werden. Die Überwindung der sozial ungleich verteilten Gesundheitschancen und Krankheitsrisiken ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedarf einer kontinuierlichen Erhebung gesundheitsrelevanter Daten nach Alter, Geschlecht sowie sozioökonomischer Merkmale bis auf die Stadtteilebene. Eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung soll Defizite aufzeigen und Ansatzpunkte zur Überwindung liefern. Dafür ist der Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere der präventiven Maßnahmen für Kinder- und Jugendliche, eine grundlegende Voraussetzung. Hamburg muss aber auch aktuellen Gegebenheiten und Bedarfen gerecht werden, wie zum Beispiel den ansteigenden Flüchtlingszahlen und der daraus resultierende Notwendigkeit von mehr Ärztinnen und Ärzten sowie medizinischem Personal in den Unterkünften.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. In der Produktgruppe 25701:
 - a. eine Sicherung und Aufstockung um 20 Prozent der Stellen im öffentlichen Gesundheitsdienst, insbesondere mit Ärztinnen und Ärzten und medizinischem Personal, vorzusehen;
 - b. die Produktgruppe 25701 um die Kennzahl „kostenlose Verhütungsmittel“ zu erweitern. Der Haushaltsansatz beträgt 1,5 Millionen Euro p.a.;
 - c. für die Kennzahl 023 eine Aufstockung des Selbsthilfe-Fonds auf 1.000 Euro p.a. pro antragstellende Gruppe einzurichten;
 - d. die Zuwendung der Einrichtungen der Suchthilfe sowie der psychosozialen Beratungsstellen für die Umsetzung der Kennzahlen 011 – 019 um 20 Prozent zu erhöhen;
 - e. die Zuwendungen der gesundheitlichen Beratungsstellen für die Umsetzung der Kennzahlen 023 – 026 um 20 Prozent zu erhöhen;
2. die Zuwendung der Beratungszentren für Seniorinnen und Senioren und Pflegestützpunkte in der Produktgruppe 25702 zu sichern;
3. den Verbraucherschutz in der Produktgruppe 25801 auf 1.010.500 Euro p.a. aufzustocken.